

An
Redaktionen
**Aktuelles, Politik
und Ausland**

24. August 2001

P R E S S E R K L Ä R U N G

Sinti und Roma kritisieren Anti-Rassismus-Konferenz in Durban

Scharfe Kritik gegen die nächste Woche in Durban in Südafrika beginnende "UN-Weltkonferenz gegen Rassismus" richtete heute der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, in einem Schreiben an Bundesaußenminister Joschka Fischer. Die Bundesregierung verschweige in ihrem bei der UNO vorgelegten Bericht über Rassismus in Deutschland die aus der Zeit des Nationalsozialismus übernommene Praxis der Sondererfassung von Sinti und Roma in Polizeidateien in Bayern. Ebenso verschweige der Bericht die auch in anderen Bundesländern bei Behörden fortgesetzte Kennzeichnung von Beschuldigten als Angehörige einer Minderheit.

Gegenüber der Veranstalterin der Konferenz, Mary Robinson, UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, erhob Rose ebenfalls Vorwürfe: Statt den Rassismus gegen Sinti und Roma zu bekämpfen, rufe die UNO in ihrem Entwurf für ein "Aktionsprogramm" die Regierungen auf, sie sollten "die Sinti und Roma datenmäßig mit ihrem gesellschaftlichen Status erfassen." Es wäre absurd, so Rose an Fischer, von Staaten zu verlangen, sie müssten zuerst den Status diskriminierter Minderheiten "quantitativ und statistisch" erfassen, um "eine Politik zu entwerfen" für die "Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung". Ansonsten enthalte das Aktionsprogramm "unverbindliche Sprechblasen". Rassistische Diffamierung sieht Rose in einem weiteren Vorbereitungspapier der UNO für Durban. Darin werden "die Roma dringend ermahnt", gegenüber "Gesetzen und Brauchtum der Staaten Respekt zu zeigen."

An Fischer schrieb Rose, Deutschlands Auftritt in Durban sei "unaufrichtig". Denn die Regierungen von Gerhard Schröder, Helmut Kohl, Helmut Schmidt und Willy Brandt weigerten sich im Gegensatz zu anderen Staaten wie Holland, Dänemark oder Schweden, die Beschwerdezuständigkeit des "UNO-Ausschusses zum Schutz von Menschenrechten und Minderheiten" anzuerkennen. Deutschland unterzeichnete im Jahre 1966 zwar das "Internationale Übereinkommen gegen Rassendiskriminierung", schloss aber im Ratifizierungsgesetz jede Klagemöglichkeit gemäß Artikel 14 für die Opfer aus. Dagegen protestierte der Zentralrat seit 1986. Zwei Wochen vor Durban kündigte Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin nun an, Deutschland wolle das "beispielgebend für andere Staaten" ändern. Hierzu müsse aber tatsächlich der Kabinettsbeschluss und die Ergänzung des Gesetzes im

Bundestag folgen, verlangt Rose.

Mai 2001

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Übergabe der Unterschriften zum Appell an Thierse und Diepgen für das Holocaust-Denkmal der Sinti und Roma

Mit einer Delegation von Holocaust-Überlebenden und Vorständen aus Landesverbänden übergibt der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma heute in Berlin 4156 Unterschriften zu dem "Internationalen Appell für die Errichtung des Holocaust-Denkmalts beim Reichstag für die ermordeten Sinti und Roma". Am heutigen Jahrestag der ersten familienweisen Deportationen deutscher Sinti und Roma im Mai 1940 in Konzentrationslager im besetzten Polen überreicht die Delegation die Unterschriften an Ute Vogt, Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestags, und Berlins Bürgermeister Klaus Böger, die den Bundestagspräsidenten und Regierenden Bürgermeister vertreten. Von den Unterzeichnern sind 2124 deutsche Sinti und Roma aus dem Bundesgebiet. 622 Unterschriften stammen von Berliner Bürgern.

Mit den Namen von 160 Erstunterzeichnern, darunter Simon Wiesenthal, Paul Spiegel, Dieter Schulte, Senta Berger, Horst Buchholz, Hannelore Elsner, Günter Grass, Siegfried Lenz, Klaus Kinkel, Renate Künast, Christoph Böhr und Altkanzler Helmut Schmidt veröffentlichte der Zentralrat den Appell anlässlich des Auschwitz-Gedenktages am 2. August 2000 in zwei Zeitungen. Hinzu kamen jetzt 53 weitere Persönlichkeiten wie die Schriftstellerin Christa Wolf, Jürgen Fliege, Claudia Roth und vier weitere Bundestagsabgeordnete, 15 Landtagsabgeordnete und SPD-Fraktionsvorsitzender Ulrich Maurer, der Europaparlamentarier Hans Modrow, die Karlsruher Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle (CDU), Bremerhavens Oberbürgermeister Jörg Schulz und Vorsitzende Jüdischer Gemeinden und Institutionen.

Aufgrund einer Übereinkunft mit Diepgen und dem Berliner Senat beauftragte Stadtentwicklungssenator Peter Strieder den Künstler Dani Karavan in Paris mit der Schaffung eines Modells, das Karavan Ende dieses Monats an Strieder übergibt. Danach soll das Modell mit den Beteiligten bei dem Senat, der Bundesregierung, dem Bundestag und dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erörtert und dann auch der Presse präsentiert werden. Die Unterzeichner des Appells erwarten, dass das Land Berlin das Grundstück zwischen Reichstag und Brandenburger Tor für das Holocaust-Denkmal zur Verfügung stellt. Sie verlangen weiter, dass der Bundestag mit einem Beschluss dem von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor einem Jahr zugesagten Bau des Denkmals zustimmt. Abgeordnete der CDU, GRÜNEN, FDP und PDS befürworteten bereits eine fraktionsübergreifende Entschließung des Bundestags.

Am 22. Mai 1940 deportierten die Nationalsozialisten erstmals ganze Familien, 2800 Sinti und Roma aus Kiel/Hamburg/Bremen und Rheinland und Württemberg/Baden/Pfalz, mit drei Reichsbahnzügen in KZs im besetzten Polen. Auf Befehl Himmlers erprobten SS und Gestapo damit die geplanten Massendeportationen aller 500 000 Juden und 40 000 "Zigeuner" aus dem "Reich". Aufgrund Himmlers "Auschwitz-Erlass" vom 16. Dezember 1942 deportierte die SS fast 23 000 Sinti und Roma familienweise aus elf Ländern Europas, darunter die restlichen 10 000 aus Deutschland, in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und ermordete dort die letzten 3000, Kinder, ihre Mütter und alte Menschen, am 2. August 1944 in den Gaskammern. Insgesamt wurden 500 000 Sinti und Roma in Europa Opfer des Holocaust.